

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Europäisches Solidaritätskorps (ESK) - Freiwilligensäule ausbauen**

Präsident Jean-Claude Juncker schlug in seiner Rede zur Lage der Union vom 14. September 2016 die Einrichtung eines Europäischen Solidaritätskorps (ESK) vor. Seine Idee war es, nicht nur den Solidaritätsgedanken junger Menschen zu stärken, sondern ihnen ebenfalls wertvolle Kompetenzen zu vermitteln, indem sie zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn ehrenamtliche und uneigennützig-Projekte unterstützen.

Am 7. Dezember 2016 gab die Europäische Kommission vor zahlreichen Organisationen und vielen jungen Menschen den Startschuss für das ESK. Zum 1. Januar 2018 möchte die Kommission das ESK als eigenständiges Programm einrichten. Ziel des ESK ist es, mehr jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren die Möglichkeit zu bieten – sei es durch freiwilliges Engagement oder durch eine berufliche Tätigkeit –, an breit gefächerten Solidaritätsprojekten teilzunehmen und damit Herausforderungen in der gesamten Europäischen Union anzupacken.

Derzeit besteht das Europäische Solidaritätskorps aus zwei sich gegenseitig ergänzenden Teilen: Die Freiwilligenprojekte bieten jungen Menschen die Möglichkeit, mittels einer Finanzhilfe eine zwei- bis zwölfmonatige Freiwilligentätigkeit in Vollzeit auszuüben. Im Rahmen der Beschäftigungsprojekte erhalten junge Menschen einen Arbeits-, Praktikums- oder Ausbildungsplatz in Organisationen unterschiedlichster Ausrichtung, die für ihre Solidaritätsprojekte hoch motivierte und sozial eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter suchen. Hierbei ist es wichtig und notwendig, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am ESK fair entlohnt und ihrer Ausbildung entsprechend eingestellt werden. Es muss verhindert werden, dass das ESK genutzt wird, um Lohn-dumping zu betreiben. Eine entsprechende Kontrolle der jeweils geltenden Tarif- und Lohnbestimmungen muss im Rahmen des Programms gewährleistet werden. Ebenso müssen die einzelnen Teilnahmemöglichkeiten klar definiert werden, so dass z. B. keine neue „Generation Praktikum“ entsteht.

Die beschäftigungspolitische Säule, die fehlende Transparenz im Verfahren, die fehlende pädagogische Begleitung, der Begriff des Korps und die ungeklärte Finanzierung stehen bei den Trägern von Freiwilligenarbeit in den Mitgliedsstaaten derweil unter massiver Kritik. Besonders problematisch ist das noch ungeklärte Verhältnis des neuen ESK zum bewährten Europäischen Freiwilligendienst (EFD). Das neue Programm darf nicht zu Lasten des EFD gehen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt und unterstützt die Stärkung des Solidaritätsgedankens in Europa.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) teilt das Anliegen, allen jungen Menschen einen Freiwilligendienst zu ermöglichen, unabhängig von ihrer sozio-ökonomischen Situation und ihrem Bildungsgrad.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) hält die Vermischung der Freiwilligenarbeit mit beschäftigungspolitischen Maßnahmen nicht für das geeignete Mittel, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen und setzt sich daher

für die Konzentration auf die Freiwilligentätigkeit mit entsprechender pädagogischer Begleitung der jungen Menschen ein.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) hält den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit für eine drängende Aufgabe und fordert den Ausbau entsprechender beschäftigungspolitischer Maßnahmen unabhängig vom ESK.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. alle potentiellen Träger von ESK-Freiwilligenprojekten frühzeitig über Teilnahmemöglichkeiten und -bedingungen zu informieren;
2. gemeinsam mit den Trägern von Freiwilligenarbeit in Bremen Möglichkeiten eines breiten Angebotes von Projekten im Rahmen des ESK zu finden;
3. auf die Einhaltung und Kontrolle gesetzlicher und tariflicher Lohnbindung hinzuwirken;
4. darauf hinzuwirken, dass klare Definitionen und Rahmenbedingungen für die verschiedenen Teilnahmemöglichkeiten festgelegt werden;
5. dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten bis zum Juni 2018 darüber zu berichten.

Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antje Grotheer, Sybille Böschen, Björn Tschöpe  
und Fraktion der SPD